

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonto: Stadtbank Bad Schandau Nr. 12. — Postfachkonto: Dresden 33 327.

Fernspr.: Bad Schandau Nr. 22. — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau.

Erscheint täglich nachmittags 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 1 RM., für Selbstabholer 90 Pfg. — Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor.



Sächsische Schweiz

Tagezeitung für die Landgemeinden Altenorf, Kleinglehübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmilka, Schöna, Wallersdorf, Wendischbären, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung Alma Siele, Inh. Walter Siele. Verantwortlich: Walter Siele.

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltene 35 mm breite Pettizeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tariflicher Satz nach besonderem Tarif. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für in- und ausländische Zeitungen.

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Das Unterhaltungsblatt“, „Das Leben im Bild“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung berechtigt nicht zur Bezugspreiskürzung oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung.

Nr. 137

Bad Schandau, Montag, den 15. Juni 1931

75. Jahrgang

Das Ausland und die Tribute.

Die Anschauungen Hoovers, Briand's und MacDonalds. — Deutschland muß sehr viel deutlicher werden. — Herans mit der Sabotageanlage! — Nur jetzt kein Herbeizusammenbruch! Von Paul Oskar Seidl.

Die Stellungnahme des Auslands zu den deutschen Wünschen gegen die Weiterleistung der Tribute darf auf keinen Fall bei uns irgendwelche Nervenzustände auslösen. Chequers zu allererst konnte gar nicht enttäuschen, wenn wir einen Augenblick überlegen, wie es dazu gekommen ist. Ursprünglich wollten sich MacDonald und Henderson mit unseren Staatsmännern über die Abstellungsfrage unterhalten. Noch in Genf brachte Henderson überaus deutlich zum Ausdruck, daß England seine Bemühungen für einen befriedigenden Verlauf der Abstellungsfrage durch die Reparationsfrage nicht gestört zu sehen wünsche. Nun aber wurde gerade diese Frage in Chequers so gut wie ausschließlich behandelt. Ein Erfolg der deutschen Initiative, von der man höchstens sagen kann, daß sie zu lange hinausgezögert worden ist.

Mehr als ein „freundschaftliches — wie man sich diplomatisch ausdrückt — Anhören“ unserer Forderungen gegen die als unmöglich erwiesene Regelung der Tributfrage durch den Haager Plan konnte nicht erwartet werden. Sächlich ist das noch ein Nichts. Aber wenn man in einem Urwald ein Haus bauen will, muß man zunächst einmal den Urwald coden und einen Platz schaffen. Damit wurde in Chequers begonnen. Und das ist nicht wenig, das ist der glückliche Beginn für das Ganze, wenn wir nun die Robungsarbeit nicht einstellen, sondern entschlossen weiter fortsetzen.

Briand und Hoover haben dazwischen gerufen. Was Wunder, wenn nicht einmal MacDonald unsere Arbeit ermutigte, sondern nach innen und außen krampfhaft den Schein zu wahren sucht, daß ihm doch gar keine andere Möglichkeit bleibe, einen Gast, den er zum Frühstück geladen hat, das ihm erwünschteste Gesprächsthema anschnitten zu lassen. Ueber Redensarten auch der englischen Presse, daß Deutschland dem Auslande „Opfer“ zumuten wolle, die beliebte Ausdrucksweise auch in Frankreich und Amerika dürfen wir mit jactantischen inneren Anmerkungen hinwegsehen. Es ist allerdings schrecklich, ganz absehbar, daß wir von den ehemaligen Kriegsbrüdern erwarten, ihre eigenen Schulden untereinander auszuhandeln, weil wir mit beispielloser Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit und phantastischer Opferbereitschaft für eine Atempause nach dem Blut- und Untopfer des Krieges gegen die gesamte zivilisierte und nichtzivilisierte Welt bisher dafür aufgetreten und gänzlich am Ende unserer Kräfte angelangt sind. Mögen sich Frankreich, England und Amerika einmal gründlich darüber unterhalten, wie es zu diesen Kriegsschulden gekommen ist, dann wird sich für sie auch ein Weg ergeben, ohne Deutschland damit fertig zu werden.

Graf Bernstorff berichtete als Botschafter zu Washington nach den Akten des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs zu der Frage des Außenministers v. Jagow über die Ursachen der Passivität Wilsons am 13. Juli 1916: „Die Passivität Wilsons, der nur den einen Gedanken hat, wiedergewählt zu werden, erklärt sich in erster Linie dadurch, daß von seiten der öffentlichen Meinung keinerlei Druck auf ihn ausgeübt wird, gegen England vorzugehen. Es fehlen hier bekanntlich alle Vorbedingungen für eine solche Aktion. Diejenigen amerikanischen Kreise, welche durch die englische Blockade finanzielle Verluste erleiden, kommen nicht in Betracht gegenüber dem ungeheuren Goldstrom, der unsere Feinde, ohne im einzelnen zu knausern oder ergaßt übel zu nehmen, über dieses Land ergossen haben!“

„Graft“ ist eine Raffgier, die sich in niederrichtigsten Wucherpreisen ausdrückt. Im Verlauf der Schuldenauseinandersetzungen mit Amerika hat es wenigstens einen Staat gegeben, der den USA zurief, daß man gefälligst nicht von Opfern und Hilfe sprechen soll, wenn man den siebenfachen Weltmarktpreis für Gewehre und bis zum Zwanzigfachen der Weltmarkt-Munitionspreise in Ansatz bringt, daß solche Wucherpreise unerträglich seien, und daß man nicht daran denke, sie in Form von Kriegsschulden ein Jahrhundert mit sich herum zu schleppen. Der Staat, der diese Sprache führt, heißt Estland. Sie ist gelegentlich schon aus Frankreich, wo man harmlose amerikanische Europareisende verbodete und auch England aufgeklickten, wo Churchill oder ein anderer hoher englischer Staatsmann — heute wills keiner gewesen sein! — sich schon einmal zu dem kennzeichnenden und richtigen Ausdruck von der Schlock-Rolle Amerikas veranlaßt sah. Ebenso wie man früher aus Mitleidsgründen die Passivität Wilsons gegenüber dem Völkerring gepflegt hat, kann man aus gleichen Motiven heute Herrn Hoover aus seiner Passivität zum Handeln hervorlocken, wenn man will. Und das hängt von Deutschland ab.

Gerechterweise wollen wir keinen Deut dagegen einwenden, daß Hoover die Kriegsschulden an Frankreich, England usw. nur gegen eine wirkliche Abrüstung nachlassen will. Jergendwoher muß auch Amerika das Geld für die Verzinsung seiner „Freiheits“-Anleihen nehmen, wenn Deutsch-

land mit seinen Zahlungen fortfällt und England nebst Frankreich sich dadurch zur Senkung ihrer Amerikazahl veranlaßt fühlen. Wenn alle diese Staaten sich gegenseitig aus dem Rüstungsstopp schadlos halten, kann uns das nur recht sein. Im übrigen braucht uns die Stellungnahme Hoovers nicht zu entmutigen. Er hat nicht gesagt, daß Amerika sich in der Tribut- und Schuldfrage auf nichts einlassen werde, sondern daß ihre Aufstellung ihm unerwünscht sei. Das ist ein Unterschied.

Da wir nicht geglaubt haben, der Welt mit unserer Noterklärung eine Freude zu machen, brauchen wir deswegen ebensowenig überrascht und enttäuscht zu sein, wie von der Stellungnahme Briand's. Der französische Außenminister jagte in der ganzen Angelegenheit nicht mehr, und nicht weniger, als billigerweise erwartet werden konnte. Er forderte die Anwendung der Tributaußschiebungsmöglichkeiten des Haager Plans. Eine vollkommen selbstverständliche Haltung; denn der ausschiebbare Teil des Haager Planes beträgt für das Reparationsjahr 1921/22 insgesamt 1006,7 Millionen Goldmark, von denen Frankreich 338,4 Millionen zu bekommen hätte, England 307 und Italien 148,8 Millionen. Der unausschiebbare Teil erfordert 612 Millionen. Und davon bekommt Frankreich 500 Millionen Mark, während England und Italien sich mit 55 und 42 Millionen Mark begnügen müssen. Frankreich ist also der Staat, der das meiste zu ver-

lieren hat, wenn Deutschland nicht nach den Ausschubmöglichkeiten des Haager Plans verfährt.

Wenn die Regierung Brüning diese wahrnehmen wollte, wäre ihr Schritt in Chequers unnötig gewesen. Da sie anders vorgegangen ist, kann sie nur aus der gerechtfertigten Ueberzeugung gehandelt haben, daß es für die Wahrnehmung der Haager Planmöglichkeiten zu spät ist, weil die Not Deutschlands einen Grad erreicht hat, der umfassenderes Handeln erzwingt. Hier liegen natürlich noch Möglichkeiten der Kompromisse. Deutschland ist es jedoch sich selbst und der Wahrheit schuldig, daß es mit vermehrter Entschlossenheit, viel kräftiger, wichtiger und deutlicher, als das in Chequers natürlich möglich war, zum Ausdruck bringt: Es geht nicht mehr weiter! Tribute und Gewaltverträge müssen weichen. Auf den ersten Streich wird dieser schlingelgewächs- und sumpfmistartige Baum gewiß nicht fallen. Er muß aber angegriffen werden. Möge die Regierung der Welt doch endlich amtlich ins Gesicht rufen, daß Amerika, England und Frankreich und die es lächerliche WJZ es gewesen sind, die den Haager Plan unmöglich gemacht haben und Deutschlands törichten, aber ehelichen Versuch unbarbarisch, mutwillig zum Scheitern brachten. Wir sind nicht dazu da, noch länger für das Wohlergehen irgendwelcher Regierungen und Präsidenten zu sorgen, sondern wir wollen leben. Dann aber müssen wir eine Gemeinschaft der Körper und des Geistes bilden in der unerschütterlichen Forderung: Niemals wieder Erfüllungspolitik. Keine weiteren Tribute!

Parteientscheidungen Dienstag

Kanzler und Reichsregierung halten weiterhin Reichstageeinberufung und Abänderung der Notverordnung für unzumutbar

Berlin, 14. Juni.

Die Lage bleibt weiterhin ungeklärt. Innerhalb der einzelnen Parteien wird eifrig gearbeitet, teils um eine Krise zu vermeiden, teils um sie zu entschärfen. In der Frage „Für oder wider Reichstageeinberufung“ lassen sich alle Parteien mit Ausnahme der Interventionsparteien die letzte Entscheidung nach wie vor offen.

Von der Deutschen Volkspartei

wurde darauf hingewiesen, daß eine Erklärung des Kanzlers, er lehne eine Umbildung mit aller Entschiedenheit ab, vor seiner Reise nach Neudeck nicht getan worden sei, und daß nur in der Reichstagsliste eine in dieser Richtung liegende Erklärung abgegeben wurde. Man hält es in diesen Kreisen offenbar nicht für ausgeschlossen, daß der Kanzler eine Kabinettsumbildung zwar nicht für sofort aber für die nähere Zukunft beabsichtigt.

Ueber die Wirtschaftspartei

werden vom „Berliner Börsen-Courier“ Mitteilungen verbreitet, als ob von den Vertrauensleuten auf dem Lande der Beschluß der Vorstands- und Führertagung über die Einberufung des Reichstages ohne Fühlungnahme mit den Vertretern der Landesorganisationen gefaßt worden sei. Eine größere Anzahl von Vertrauensleuten aus Berlin und dem Lande habe den Beschluß auf Einberufung des Reich-

Für eilige Leser.

* In Anwesenheit Hindenburgs fand am Sonntag in Marienburg die 700-Jahrfeier des deutschen Ordenslandes statt.

* Am Sonnabendnachmittag wurde der Reichsbankdiskont von 5 v. H. auf 7 v. H. erhöht. Der Lombardfuß wurde von 6 v. H. auf 8 v. H. erhöht.

* In Heberlingen fand am Sonnabend und Sonntag der Parteitag der Deutschen Staatspartei statt. Reichsfinanzminister Dietrich wurde das Vertrauen ausgesprochen.

* In Gleiwitz fand am Sonnabendnachmittag der zweite Bundestag des österreichisch-deutschen Volksbundes statt.

* Am Sonnabendnachmittag übergab der bisherige französische Präsident Doumergue dem neugewählten Präsidenten Doumer die Amtsgeschäfte.

* Die Zeitung „Der Stahlhelm“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten auf 2 Wochen verboten worden. Das Verbot wird von der Polizei damit begründet, daß in einer Skarifizatur der Reichskanzler und der Reichsfinanzminister beschimpft und verächtlich gemacht worden seien.

* Im Osten Berlins wurden am Sonntagmorgen Nationalsozialisten von Kommunisten überfallen. Drei Nationalsozialisten wurden durch Schüsse schwer verletzt. Acht Kommunisten — darunter der Haupttäter — wurden verhaftet.

* In Hildesheim fand gestern eine Zentrums- tagung statt, an der auch der Reichskanzler teilnahm.

tages und der Notverordnung Kampf anzufangen, aufs schärfste verurteilt. Zu diesen Behauptungen des „Berliner Börsen-Courier“ wird von der Pressestelle der Wirtschaftspartei erklärt, daß eine solche Zusammenkunft nicht stattgefunden habe, und daß die Haltung der Reichstagsfraktion die einmütige Billigung der gesamten Parteiorganisation gefunden habe.

Der Vorstand des Reichslandbundes

faßte in einer Sitzung in Heidelberg einstimmig eine Entschließung gegen die Notverordnung, von der gesagt wird, daß sie für die Landwirtschaft eine schwere Enttäuschung bedeute. Die Entschließung schließt mit der Erklärung, der Reichslandbund habe nicht das Vertrauen, daß das gegenwärtige Reichskabinett das deutsche Volk auf den Weg der Rettung und Befreiung führen werde. Die Führung des deutschen Volkes müsse ungefährmt in die Hände anderer Männer gelegt werden.

Länderkampf um die Notverordnung

Der Württembergische Landtag

hat Anträge der Kommunisten und Nationalsozialisten auf Zurückziehung der neuen Notverordnung des Reichspräsidenten abgelehnt.

In der Bremischen Bürgerschaft

kam es zu außerordentlich erregten und stürmischen Auseinandersetzungen über sozialdemokratische, kommunistische und nationalsozialistische Dringlichkeitsanträge gegen die Notverordnung der Reichsregierung. Nach fast achtstündiger Sitzung erfolgte die Abstimmung, in der der nationalsozialistische Antrag, der den Senat ersucht, für die gänzliche Aufhebung der Notverordnung einzutreten, mit den 55 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Hausbesitzern und Kommunisten gegen 51 Stimmen angenommen wurde.

Für Lösung der Reparationsfrage.

Dr. Brüning auf der Zentrumstagung.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages und der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei hielten in Hildesheim eine Beratung über die politische Lage ab, zu der auch Reichskanzler Brüning und Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald erschienen waren und Berichte erstatteten. Die einmütige Auffassung der Reichstagsfraktion und des Reichsparteivorstandes wurde in folgender Entschließung festgelegt:

Die ernste Lage Deutschlands und die allgemeine Krise, die seine Zukunft bedroht, zwingen die Zentrumspartei, alle Kräfte einzusetzen und höchste Verantwortung zu tragen. Das deutsche Volk darf in dieser Schicksalsstunde nicht zerbrechen. Harte Maßnahmen sind notwendig, um dieses Ziel zu erreichen. Gegen Einzelheiten der letzten Notverordnung bestehen auch in der Zentrumspartei stärkste Bedenken. Um aber die Nation zu erhalten, um eine geordnete Staats- und Wirtschaftsführung zu ermöglichen, um